

Merseburger Correspondent.

Ercheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Gerumträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 90.

Dienstag den 7. Mai.

1895.

Die angebliche „Verschleppungs- arbeit der Justizcommission“.

In allen parlamentarischen Fachcommissionen, namentlich aber in den Justizcommissionen pflegen sich stets gewisse Mitglieder einzufinden, die es als eine große Beschäftigung ansehen würden, falls sie sich Bestimmen ließen, einen Gedanken, der ihnen gerade durch den Kopf geht, den verehrlichen Mitarbeitern vorzuenthalten. Die Personalien, welche ein rheinisches Blatt unlängst anführte, ließen sich unschwer noch vermehren. Neben den Mitgliedern, die wie die „Klein. Ztg.“ meint, zu viel reden, giebt es auch solche — und zwar den Matie nahestehende — die ihre Mitarbeiterschaft in der Regel nur in der Beschlusliste markieren, im Uebrigen aber durch Abwesenheit glänzen; anstatt sich Mühe zu geben, die Commission auf einen Weg zu lenken, auf dem sie keine Gefahr läuft, sich „innerhalb und außerhalb des Reichstags gründlich lächerlich zu machen“. Gleichwohl wäre das noch nicht das Schlimmste. Ungleich gefährlicher wäre es, wenn die Commission die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung vorwiegend vom politischen Standpunkte, nicht von dem des juristischen Sachverständigen aus behandeln wollte. Man spricht vielfach von dieser Vorlage, als ob diejenigen, die für die Wiedereinführung der Berufung und für Entschädigung unschuldig Verurtheilter sind, den Vorschlägen der Regierung ohne Weiteres zustimmen müßten. Es ist aber zweifellos, daß wenn die Vorlage in der Fassung der Regierungsvorlage Gesetz und damit das altrennische, durch die Reichsjustizgesetze befestigte Verfahren wieder eingeführt würde, die Folge ein Sturm der Entrüstung gegen die Mitglieder wäre, welche die Verantwortlichkeit für das Gesetz tragen. Ohne Garantien für eine zuverlässige Rechtsprechung in beiden Instanzen wäre die Zulassung der Berufung eine Verschlechterung des Verfahrens. Und was bedeutet der Grundlaß der Entschädigung unschuldig Verurtheilter, wenn die Voraussetzung, unter der die Entschädigung gewährt wird, so beschränkt ist, daß die Entschädigung nur auf dem Papier steht, und wenn gleichzeitig das Wiederannahmeverfahren behufs Feststellung der Thatsache, daß ein Unschuldiger verurtheilt worden ist, in unerträglicher Weise erschwert wird? Ueberdies enthält die Vorlage eine lange Reihe von Veränderungen der Gesetzgebung, die mit den obigen Fragen nur sehr lose oder gar nicht zusammenhängen, wie die Bestimmungen über das Contumacialverfahren, über das Verfahren gegen in flagrantem Ertrappe u. s. w., die denn doch einer gründlichen Erwägung bedürfen. Daß die Regierung den Wunsch hat, einen Gesetzentwurf, an dem sie fünf Jahre lang gearbeitet hat, zur baldigen Erledigung zu bringen, ist begründlich; aber für die Reichstagscommission liegt darin kein Grund, die Vorlage in fünf Wochen über's Knie zu brechen. Es mag einen Fernstehenden befremden, wenn berichtet wird, die Commission habe eine ganze Sitzung zur Berathung eines einzigen Paragraphen verwendet und denselben schließlich ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Daß im einzelnen Falle die Geduld der Commission durch juristische Spitzfindigkeiten allzu sehr auf die Probe gestellt wird, mag ja sein. Aber jedes gewissenhafte Mitglied kann sich nicht dabei beruhigen, daß der Inhalt eines Paragraphen als solcher annehmbar ist; eine Veränderung des Gesetzes an der einen Stelle zieht eine Reihe anderweitiger Bestimmungen in Mitleidenchaft und so ist wohl zu prüfen, ob die neue Vorschrift sich in das Ganze des bestehenden Gesetzes einfügt. Gerade die sechsten Mitglieder der Commission, auf deren Schultern doch die eigentliche Arbeitslast liegt, haben die Pflicht, die Konsequenzen der einzelnen Paragraphen klar zu legen. Daß unter diesen Umständen die Verhandlungen nur langsam vom Ziel kommen, ist selbstverständlich, nur so sehr, da jedes Mitgliedern bei den täglichen Bemerkungen nicht

die Zeit bleibt, sich von einem Tage zum andern auf die Beratungen und die zu den einzelnen Bestimmungen vorliegenden Änderungsanträge genügend vorzubereiten, so daß die Abhaltung täglicher Sitzungen vollkommen unmöglich ist. So ist es gekommen, daß, falls die Session vor Pfingsten geschlossen wird, eine Beendigung auch nur der Commissionarbeit unmöglich wird. In der nächsten Session würde die Arbeit von Neuem beginnen. Der Vorschlag des Staatssekretärs der Justiz, die neue Commission möge dann die bisherigen Beschlüsse en bloc annehmen und die Arbeit fortsetzen, wo sie jetzt unterbrochen wird, ist in der Ausführung nicht so einfach, als es den Anschein hat. Auf der anderen Seite sind die Unzulänglichkeiten einer Vertagung der Session bis zum Winter so groß, daß der Reichstag schwerlich Neigung haben wird, lediglich der Justiznovelle wegen eine solche zu befehligen. Es bliebe demnach nur der Ausweg, auf dem Wege des Gesetzes das Mandat der Commission über den Schluß der Session hinaus zu verlängern, so daß im Winter die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden kann. In diesem Falle ist allerdings mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen, daß in der nächsten Session eine Verständigung über die Vorlage in der Commission selbst und mit der Regierung erzielt wird.

Aus der Tabaksteuercommission des Reichstags.

Der am Sonnabend in der Tabaksteuercommission festgestellte Bericht des Abg. Dr. Witt giebt aus der 2. Lesung der Vorlage die Erklärung des Schatzsekretärs Grafen Posadowski im Wortlaut wieder. Daraus ergibt sich zunächst, daß die Abminderung des Mehrertrags aus der Fabrikatsteuer von 32 auf 10 1/2 Millionen aus der Entschliffen der Mehrheit der verbündeten Regierungen entsprechend bezeichnet wurde. Die Einzelheiten der Veränderungen, welche die Steuerföhe erfahren sollten, haben jetzt kein Interesse mehr. Dagegen verdienen die Schlusssätze der Erklärung auch jetzt noch Beachtung. Nach Aufzählung der Vortheile, welche die Fabrikatsteuer auf dieser Grundlage den Tabakbauern und sogar den Consumenten bringen würde, fuhr Graf Posadowski fort: „Endlich würde ermöglicht, im dringenden finanziell politischen Interesse des Reichs eine klare finanzielle Regelung zwischen dem letzteren und den Einzelstaaten weitgehend auf eine beschränkte Zahl von Jahren herbeizuführen. Es liegt den verbündeten Regierungen ferne, lediglich aus gubernementalen Gesichtspunkten an der Tabakfabrikatsteuer festzuhalten und dadurch mittelbar zur Beurnthigung des Gewerbes beizutragen; sie sind aber der Ueberzeugung, daß die Forderung höherer Einnahmen aus dem Tabak im Hinblick auf die wachsenden Ausgaben des Reichs nicht zu umgehen sein wird, insofern sich nicht im Reichstage eine Mehrheit für eine höhere Besteuerung des Bieres finden sollte und daß selbst jeder ablehnende Beschluß des Reichstags keine Lösung der Steuerfrage, sondern nur eine Verzögerung ihrer Entscheidung bedeuten kann.“ Nach der bereits mitgetheilten Entgegnung der Abgg. Richter und Freie erklärte Abg. Müller-Fulda (Centr.) sehr richtig, „daß die Vorschläge des Staatssekretärs des Reichsschatzamtis zu § 5 der Vorlage kein neues System enthielten, sondern nur eine vorläufige Ermäßigung des Steuerfußes von 25 auf 18 bzw. 15 Prozent. Die Tragweite des gemachten Vorschlags lasse sich sofort übersehen, alle Nachtheile des Fabrikatsteuerystems blieben bestehen und die Belastung werde anstatt auf 38%, vorerst auf etwa 16 Millionen vermindert; davon würden jedoch 2 1/2 Millionen Mehrausgaben der Fabrikanten für Controlbücher, Doppelfakturen und Porti sein, 4 Mill. Kosten für die staatliche Bewachung; nur 10 Millionen blieben als Reinertrag für die Staatskasse.“

Es sei jedoch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte abgesehen zu verwerfen, 6 1/2 Millionen für unproductive Arbeiten auszugeben, um 10 Millionen mehr Steuern einzunehmen.“ — Das Defizit betrage übrigens vorläufig nur 6 675 000 Mark, wovon die Erträge der Pollaristnovelle abgehen, welche nach den Beschlüssen 2. Lesung auf reichlich 3 Mill. Mk. zu schätzen seien — so daß nur 3 675 000 Mk. und zuzüglich der Kosten der Nordostkanal-eröffnung 5 425 000 Mk. Fehlbetrag blieben. Es seien jedoch in den Staatsansätzen noch stille Reserven enthalten und bestimmt Mehreinnahmen für einzelne Positionen zu erwarten, so daß sich die Einnahmen und Ausgaben wohl ausgleichen würden, wie dies ja auch im Rechnungsjahr 1894/95 geschehen, wo das Defizit erst auf 16 Millionen geschätzt wurde, sich jedoch schließlich auf 4 1/2 Millionen reduirte. Wenn jedoch durch Annahme der Finanznovelle es unter allen Umständen notwendig werden sollte, Matrielarbeitsräge und Ueberweisungen zu balanciren, so sei dazu immer noch keine Tabakfabrikatsteuer nöthig; es könne ja eben so gut die Ausgleichung durch Zuschläge auf andere Steuern, wie in dem Entwurf vorgesehen, geschehen. Zur Erzielung mäßiger Mehreinnahmen aus dem Tabak ohne große Ausgaben und auf schonendem Wege hätten seine politischen Freunde den Weg bei der ersten Lesung gezeigt. Wenn man diesen nicht betreten wolle, so sei es ihm gleichgültig. An der Ablehnung des Tabakfabrikatstergesetzes müsse er jedoch festhalten. — Abg. Müller-Fulda schloß mit der Erklärung, daß er keine am Schluß der ersten Lesung, und, wie der Bericht ergeht, auf Anregung des Grafen Posadowski eingebrachte Resolution, betr. die Prüfung des Werthzollsystems zurückziehe! Damit ist auch die Brücke zu einer neuen Vorlage abgebrochen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Eine ungarische Ministercrisis ist ganz unerwartet in Folge eines Conflictes zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und dem Minister des Auswärtigen Kalnoth zum Ausbruch gekommen, und zwar im Anschluß an die Deklarirung des Rantius Agliardi durch den Ministerpräsidenten in ungarischen Abgeordnetenhaus. Baron Banffy hatte mitgetheilt, daß Graf Kalnoth wegen der Thätigkeit des Rantius Agliardi bei der Curie vorstellig geworden sei. Diese offizielle Mittheilung, welche großes Aufsehen in Ungarn erregt hatte und von der man annahm, daß sie mit Willen Kalnoth's erfolgt sei, hat nun eine scharfe Zurückweisung durch die offizielle Wiener „Politische Correspondenz“ erfahren. Vor allem hat die scharfe Form in der Kalnoth'schen Auslassung, der unzweideutige Vorwurf eines Verrathensbruchs, welcher dem Ministerpräsidenten gemacht wird, starke Entrüstung in der liberalen Partei hervorgerufen. Nach Wiener Meldungen soll Kalnoth in einer Antwort auf das Schreiben Banffy's, welcher um ein Einschreiten gegen das Auftreten Agliardi's bei der Curie eruchte, in der That sein Einverständnis mit der Aufassung Banffy's erklärt hat, worauf sich Banffy berechtigt glaubte, die Anfrage in ungarischen Abgeordnetenhaus wegen Agliardi in der bekannten Weise zu beantworten. Dieser Brief Kalnoth's soll aber den Bemerkungen „Vertraulich“ getragen haben. Die Wiener Verlautbarung ist jedoch wenig wahrscheinlich; denn es ist anzunehmen, daß Banffy einen solchen Bemerkung respektirt haben würde. — Die liberale Partei Ungarns bezeichnet offen den Ton der offiziellen Note als eine Inultete gegen die ungarische Regierung. Banffy berieht sich mit dem Führern der Partei und begab sich dann sofort nach Wien, um die Sachlage bei dem Kaiser zur Sprache zu bringen und die Demission des Cabinets einzureichen, falls ihm nicht Genug-

thnung würde. Andererseits soll auch Graf Kalnoky seine Demission eingereicht haben. Jedenfalls wird einer von beiden weichen müssen, wenn nicht beide zugleich. Die liberale Partei soll fest entschlossen sein, die Konsequenzen aus dem Conflict mit Kalnoky zu ziehen. Das würde also bedeuten, daß sie ein Vermittlungsministerium Kluen-Hedervary, von dem schon wieder die Rede ist, keinesfalls acceptiren würde. — Die ungarischen Blätter führen alle eine sehr erregte Sprache. Der „Pester Lloyd“ spricht einerseits von der Wahrscheinlichkeit einer Doppeltkrise, hält aber andererseits eine Lösung des ausstehenden Mißverständnisses nicht für ausgeschlossen, erklärt jedoch zugleich, auch wenn die Krise hinsichtlich der Personen beseitigt sei, bleibe die sachliche Differenz bestehen, die im Einvernehmen mit der ungarischen liberalen Partei nicht anders als auf der Grundlage der von der Partei sehr beifällig aufgenommenen Antwort v. Banffy's auf die bezügliche Interpellation lösbar sei. Das Blatt kritisiert scharf die Form des Communiqués und bemerkt, der ungarische Kabinettschef sei kein untergeordnetes Organ des gemeinsamen Ministriums und dieser daher nicht befugt, jenem eine öffentliche Rüge oder eine Lectio zu erteilen. Die Krone allein, welche über den beiden streitenden Theilen stehe, habe das entscheidende Wort zu sprechen. — der Ausschuß des ungarischen Magnatenhauses beschloß bezüglich der von dem Abgeordnetenhaufe rückverwiesenen Geleitzbriefe über die freie Religionsübung und Reception der jüdischen Religion, bei dem Haufe die Aufrechterhaltung beider Geleitzbriefe zu beantragen.

Rußland. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst Radolin, wurde am Freitag vom Zaren in Audienz empfangen.

Italien. Die italienischen Kammerwahlen sollen zum 26. d. M. ausgeschrieben werden, und die Stichwahlen dann am 30. Mai oder 2. Juni stattfinden.

England. Die englischen Krisengerüchte werden demontirt. Nach einer Meldung der „Daily News“ sind die Gerüchte über den Rücktritt Disraeli's und eine vorzeitige Auflösung des Parlaments unbegründet. — Die englische Apanage des Herzogs von Koburg kam am Sonnabend d. 2. Juni zur Erörterung im englischen Unterhause. Morton beantragte die Einstellung dieser Apanage von 10000 Pfund. Schatzkanzler Harcourt erinnerte daran, daß der Herzog freiwillig auf 15000 Pfund verzichtet habe. Die 10000 Pfund seien bewilligt worden, als sich der Herzog mit einer russischen Prinzessin verheiratete, um den Hofhalt zu ermöglichen. Diefelben sollten gleichzeitig eine Verforgung für die Prinzessin sein, wenn sie ihren Gemahl überlebte. Beide Annuitäten ständen auf demselben Fuße. Die Einziehung der Apanage von 10000 Pfund würde für das Unterhaus ein ungeschicklicher Akt sein. Der Herzog habe nicht aufgehört, englischer Prinz zu sein. Nur auf Initiative der Krone stände dem Haufe das Recht zu, die Apanage zurückzuziehen, die Initiative könne aber nur auf Antrag der verantwortlichen Minister ergriffen werden, und ein solcher Antrag sei der Königin nicht unterbreitet worden. Der Antrag Mortons wurde darauf mit 193 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Serbien. Die serbische Anleihenborlage ist genehmigt. Der fortschrittliche Stupischinaclub hat mit großer Mehrheit die Anleihenborlage abgelehnt. Damit ist eine Durchbringung der Borlage von vornherein ausgeschlossen. Der Finanzminister Petrovitch hat auch bereits die Konsequenz des Beschlusses gezogen und demissionirt. Als sein Nachfolger wird Popovitch genannt.

Mittelamerika. In der Nicaragua-Angelegenheit willigte die britische Regierung ein, das britische Gesandener aus den Gewässern von Nicaragua zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß die Regierung von Nicaragua dem britischen Admiral mittheilt, daß sie die Bedingungen des britischen Ultimatum's annimmt und sich unter Vorgesicht der Republik San Salvador verpflichtet, die geforderte Entschädigung in London innerhalb 14 Tagen zu zahlen. — Die Regierung von Nicaragua hat das Mesquitito-Territorium als Staat anerkannt und demselben den Namen Belaya beigelegt.

Ostasien. Die Lage in Ostasien hat eine günstigere Gestaltung erfahren dadurch, daß Japan sich zu einem Entgegenkommen auf die Vorstellungen der Mächte bereit erklärt hat. Uebereinstimmend besagen Meldungen aus London, Petersburg und Paris, daß Japan sich bereit erklärt habe, auf die Annexion der Halbinsel Man-Tschung zu verzichten, aber Lord Arthur behalten wolle. Voraussetzung dabei ist, daß Japan von China eine gleichwerthige Compensation erhalte. Es war schon vorher mitgetheilt worden, daß Rußland gegen eine japanische Gebiets-Erwerbung im Süden

von China nichts einzuwenden habe. Inzwischen bestätigt es sich, daß der Kaiser von China den Friedensvertrag ratifizirt hatte. Uebereinstimmend geht nach Tschifu, um die Ratifikations-Urkunden auszutauschen.

Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Der Kaiser begab sich am Sonnabend früh 1/8 Uhr vom Neuen Palais nach der Matrosenstation bei St. Osienecke und fuhr auf der kaiserlichen Yacht „Alexandria“ nach Spandau, von wo er sich nach Potsdam begab, um dort die Bataillone des Königin Elisabeth- und des Königin Augusta-Garde-Granadier-Regiments zu besichtigen. Am Nachmittag kehrte er nach Potsdam zurück. — Die Nordlandsreise des Kaisers wird sich in diesem Jahre nicht nach Norwegen, sondern nach der Ostsee erstrecken. Dabei ist der Stadt Stockholm ein Besuch zugebacht.

(In Marinekreisen) herrschen unter den Sachverständigen große Befürchtungen, daß das große Panzerschiff „Wörth“ wegen seiner großen Breite bei der Eröffnungsfahrt im Nord-Ostsee-Kanal stecken bleiben könnte. Das Panzerschiff „Wörth“ soll als drittes Schiff unmittelbar der „Hohenzollern“ folgen. Sollte aber die „Wörth“ stecken bleiben, so würden auch alle nachfolgenden Schiffe mitammt dem deutschen Reichstag den Kanal nicht passieren können und die ganze Fahrt würde einen etwas furchtigen Verlauf nehmen. Indeß hat der Kaiser selbst jene Bedenken in Betreff der „Wörth“ für ungerechtfertigt erklärt, so daß es bei der Auswahl der Schiffe kein Bedenken behält.

(Ausdehnung der Gewerbegerichte auf das Handelsgewerbe.) Zu dieser Frage hat der Centralausschuß der Berliner kaufmännischen und gewerblichen sowie industriellen Vereine an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in Anbetracht der großen Besidehenheit der in Frage kommenden Verhältnisse in den beabsichtigten neuen Handelshandelskammer-Schiedsgerichte eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Erziehung von Schieds- und Einigungsämtern für Streitigkeiten aus den kaufmännischen Anstellungsverhältnissen im Anschluß an die von den beiden Verbänden schon früher vorgeschlagenen Handelskammer-Schiedsgerichte ordnet.

(Münzconferenz.) Nicht eine Einladungschrift an die auswärtigen Regierungen zur Theilnahme an einer internationalen Münzconferenz ist zur Vorlegung an den Bundesrath fertig gestellt, sondern der Reichszentralrat hat die deutschen Regierungen aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob, entsprechend seiner Erklärung vom 15. Dezember 1894, eine Münzconferenz berufen werden soll, um zu prüfen, ob Maßregeln gegen den zunehmenden Wertunterschied zwischen Gold und Silber möglich sind, „ohne unserer Reichswährung zu präjudiciren“.

(Namenangabe der Geschäftsinhaber.) Zu dem von dem Polizeipräsidenten in Berlin aufgestellten Entwurf einer Polizeiverordnung, wonach jeder Inhaber eines offenen Geschäftslokals seinen bürgerlichen Namen an seinen Laden in einer von der Straße aus deutlich erkennbaren Schrift anbringen sollte, hat der Magistrat seine Zustimmung versagt. Bei der Bedeutung der Sache würde es doch angemessen sein, die Gründe dieser Ablehnung zu veröffentlichen, wie andererseits auch der Entwurf der Polizeiverordnung in die Öffentlichkeit gelangt ist.

(Zur Stichwahl in Weimar) hat der Centralausschuß der Freisinnigen Volkspartei des ersten weimarschen Wahlkreises in seiner Sitzung am 1. Mai das Gesuch der konservativen Partei um Unterstützung des Stichwahlkandidaten Reichmuth abgelehnt.

(Colonialpolitik.) Die deutsche Togo-Expedition war nach neueren Meldungen bei Say an den Niger gelangt und hat verschiedene Verträge geschlossen. Sie verfolgte den Nigerlauf und bestand bei Wikim unterhalb Say ein siegreiches Gefecht. In Karmanna trennte sich die Expedition. Der Führer der Expedition, Dr. Gruener, mit Dr. Doering wendeten sich nach Süden, um über Borgu nach Niassahöhe zurückzukehren. Lieutenant v. Carnap kehrte nach Braß zurück.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 4. Mai.) Im Reichstage wurden die Gegenstände über die drittertheiligen Verhältnisse der Bismarckstraße und der Kaiserstraße ohne erhebliche Aenderungen endgültig angenommen. Auf die Tagesordnung der Montagssitzung legt der Präsident den Antrag Auer, Reichsvereinsgesetz, die Abänderung über die Gültigkeit des Mandats des Abg. Dr. Böttcher und die Bezahlung des Antrags Richter und Gen. betr. die Abänderung des Wahlgesetzes (Sicherung der geheimen Wahl). Auf Antrag Richter's legt der Präsident die Beschlußfassung über die von der Commission für ungültig erklärte Wahl des Abg. v. Diemowitz (Kont.) hinzu. Bei

der Abstimmung befreit der Parteigenosse Diemowitz's. Abg. Stenby die Beschlußfähigkeit des Hauses. In der That sind nur 102 Mitglieder anwesend. Der Präsident legt demnach aus eigener Machtvollkommenheit die Tagesordnung fest und zwar zum Entzagen der Konventionen unter Einziehung des Berichtes über die Wahl Diemowitz's; worüber auf der linken und im Centrum große Petereien.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 4. Mai.) Das Abgeordnetenhaus hat heute den Gesetzentwurf betr. die Vereinfachung von Bestimmungen für Arbeiter in staatlichen Betrieben und für mehrere Beamte einer Commission von 14 Mitgliedern übermitten. Auch der Gesetzentwurf über die Verpflegungssituationen ging an eine Commission. Auf konservativer Seite fand die Vorlage vielfach Widerspruch.

— Das Herrenhaus ist für den 15. Mai zu einer Plenarsitzung einberufen worden.

— Bei der am Freitag stattgehabten Beratung des Nachtragssetztes für den Nordostsee-Kanal hat man von der großen Zahl von Konventionen, die nach der Versicherung der „Ditch“ Tagelohn, die Kosten abnehmen wollten, nichts gehört. Das Blatt redet sich jetzt, ohne auch nur einen einzigen Namen zu nennen, damit heraus, daß die Reingänger den Saal verlassen hätten. Die Herren schämten sich wohl.

— Bei dem Berliner Ausschuß zur Bekämpfung der Umfutzvorlage waren am Freitag 76489 Unterschriften für die Gotische Petition eingelaufen. Der Ausschuß bittet nun, alle unterschriebenen Petitionen unverzüglich einzuliefern, zugleich aber neue in Umlauf zu setzen und auszuliegen, damit etwaige neuerliche Compromissversuche sofort in gebührender Weise beantwortet werden können. Die Geschäftsstelle des Ausschusses, Berlin W., Kurfürstentrasse 118, wird bis zum letzten Augenblicke fortfahren, Petitionsbogen und Material zum Abhalten von Protokollverhandlungen zu versenden. — In den letzten Tagen, unmittelbar vor der Entscheidung, wird es sich empfehlen, die Petitionen direkt an den Reichstag einzuliefern.

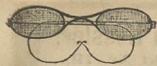
— So muß es kommen! Sogar das konservative „Volk“ schreibt, daß, vor noch darauf Anpruch erhebt, zu den staatsverwaltenden Kräften zu zählen, grundsätzlich die Umfutzvorlage ablehnen muß. „Nach Bewilligung der Umfutzvorlage würde man die Preisgebung des allgemeinen Stimmrechts verlangen, und dann — wir übertrieben nicht, die Frage ist schon einmal in den Kreis laaamännlicher Erörterungen gezogen worden — wäre vielleicht für die mittleparteiliche Presse die Zeit gekommen, im Interesse eines weiteren Schutzes gegen den Umfutz für eine zweifelsprechende Beschränkung der allgemeinen Wehrpflicht Stimmung zu machen.“

— Wie vorsichtig die Stempelsteuer-Commission gegenüber den jetzt herrschenden fiskalischen Gelassen sein muß, zeigt ein soeben ergangenes Urtheil des Kammergerichts. Dasselbe hat die Befreiung von Befreiungsgegenständen seitens einer Berliner Firma für die Berliner Schutzmannschaft für stempelspflichtig erklärt und demgemäß eine Steuerzahlung von 2500 Mk. auferlegt. Es wurde dabei erwogen, daß es sich bei der Befreiung nicht um solche in Art. 48 des Reichsstempelgesetzes vom 29. Mai 1859 erwähnte Gegenstände handle, sondern um solche Gegenstände, die nicht nach Gewicht, Zahl und Waag gleichartig sind.

Bermischtes.

(Ein Kindesmord und Selbstmord) ist Sonnabend früh gegen 9 Uhr in der Bismarckstraße in Berlin auf dem Grundstück Nr. 50 verübt worden. Dort bewohnt seit dem 1. d. M. die 33jährige unverheiratete Pauline Groß mit ihrer 5jährigen Tochter Elsie ein Zimmer im zweiten Stockwerke. Die neue Mieterin war polizeilich noch nicht gemeldet; früher hat sie in der Bernauerstraße gewohnt. Der Umstand, daß sie noch keine Miethse bezahlt hat, und die sehr ärmliche Einrichtung ihrer kleinen Wohnung lassen auf eine große Nothlage schließen. Sonnabend Morgen um 9 Uhr lag die Kleinmädchen Pauline die Groß mit ihrer Tochter die Treppe hinauf gehen. Die Frauen sprachen miteinander und die Groß bot hierbei der Frau Grober ihr Weichheitsgeschwür mit dem Bemerkten zum Kaufe an, daß sie es in Zukunft nicht mehr brauche. Bald nachher sahen Hausbesorner die kleine Elsie aus dem Fenster des 5. Stockwerkes auf den mit Steinen gepflasterten Hof hinabfliegen. Gleich hinter ihr kam ihre Mutter, sie hatte ihr Töchterchen herabgeworfen und dann sich selbst herabgeschleudert. Ein Arzt, der herbeigerufen wurde, konnte nicht mehr helfen, sondern nur noch den Tod beider Personen feststellen, der sofort eingetreten war. Die Veranlassung zur That steht noch nicht fest, doch ist sie wohl darin zu suchen, daß die Groß, die früher Dienstmädchen war und sich jetzt durch allerlei Arbeiten den Lebensunterhalt verdienen, in schlimmer Nothlage war.

(Ein schwarzer Gymnast) besucht seit Anfang dieses Monats das Realgymnasium in Halle, es ist ein Neger aus der deutschen Kolonie Togoland mit Namen Accu Akpote, seine an anderer Stelle erworbenen Vorkenntnisse reichten in deutscher Sprache, Latein und den anderen Fächern so weit, daß er dort nach bestandenen Examen in der Untertertia als Schüler aufgenommen wurde. Accu Akpote beabsichtigt den Unterricht hier mehrere Jahre zu genießen.



**Carl Rathenower
Brillen,
Pincenez,
Barometer und Thermometer
empfeht billigst**

Wilh. Schüler, Markt 16.

Reparaturen in eigener Werkstatt.

Möbel-Aussteuern

u. Möbel aller Art zu Stoffbüchsen empfehle ich laut meinem reichhaltigen

Prachtcatalog,

den ich franco zur Ansicht einsende.

Constantin Decker, Stolp i. S.

Fliegen, Wanzen,

Größe, Schwaben etc. verfertigt radikal der

"Schleichen" u. **Fl. Köpfe, Halle a. S.,**

Buch, à 15 u. 25 Pf., ferner **Wanzen** in

Fl. à 25 und 50 Pf., empfiehlt

Carl Herfurth, Breitestraße.

Gardinen

Vitragen, Rolllaux-Spitzen etc.

in guten Qualitäten und zur neuesten

Modern empfiehlt in großer Auswahl zu

billigsten Preisen

Carl Pollert,

Gotthardtsstraße 13. II. Etage.

Der flüssige Leim

v. **Hob. Köpfe, Halle a. S.,** klebt, leimt,

klebt Alles u. ist f. Contore u. Haushalt un-

entbehrlich. Fl. à 10, 30 u. 50 Pf., empfiehlt

Carl Herfurth, Breitestraße.

Empfehle

meine **Kästel für Dampfäder mit Wellen**

Bad und Dusche, Voll-, Hand- und Sitz-

bad, sowie richtig anatomische Massage

zur gef. Benutzung.

Besonders für Rheumatismus, Nerven,

Erkältungen, Influenza etc.

Von früh 9 bis abends 9 Uhr.

Für Damen weibliche Bedienung.

W. O. Friedrich,

Rauchkammer Straße 15.

Kindernährwieback

nach ärztlicher Vorschrift bereitet, empfiehlt

Gustav Schönberger jun.

Angeln,

Angelhaken,

Angelschnure

in Hanf und Seide,

Angelstöcke,

Vorschläge,

Senkbleie

etc. etc.

empfeht

Franz Jul. Nell,

Neumarkt 66.

Ich impfe

jeden Mittwoch 2 Uhr Nachm.

Dr. Witte,

Dom 3.

Bekanntmachung.

Einem geehrten Publikum zur Anzeige, daß

ich immer noch **Olgrube Nr. 3** wohne.

Befellungen nach Maß werde ich prompt

ausführen und für guten Sitz und Sauberkeit

Sorge tragen. **Neuere Muster** collection

liegt zur Ansicht bereit.

Auch werden daselbst **Reibungsstücke** ge-

waschen und ausgebessert.

Eduard Kellner,

Schneidemeister.

Der

Gewerbeverein der Schneider

und verwandten Berufe

gewährt seinen Mitgliedern für den geringen

Beitrag von wöchentlich **10 Pf.** außer einer

Fast- und Wochentags Unterstüßung

bei Arbeitslosigkeit, Unzulagen, besonderen Not-

fällen, **ausreichlichen Besichtigungs-, Reise-**

unterstützung und Anders mehr; desgl.

bietet die gut fundierte **Gillstraße** Gelegenheit

sich gegen mäßigen Beitrag ein wöchentliches

Frühstück in Höhe von **9 bis 18 Mk.**

und ein **Bezugsgehalt bis 150 Mk.** zu

sichern.

Frauen und Töchter haben unter den den-

bar günstigsten Bedingungen auch Zutritt

besgl. auch Befähigung.

Beitritts-Anmeldungen werden vom Kassier

Dahn, Hofmarkt 5, jederzeit bereitwilligst

entgegengenommen und nähere Auskunft gern

erteilt.

Der Vorstand.

Presskohlensteine

von Grube „Paul“—Luckenau

liefern ich in vorzüglichster Beschaffenheit prompt und billigst.

Für Brikets

besteht Mai und Juni

billigster Sommerpreis!

Bei Fuhrn von 25 Ctr. ab lasse ich dieselben auf Herrn E. Klauß Waage

wiegen und mit Waagestein abliefern.

Heinrich Schultze.

Aachener Badeofen

D. R.-P. 20 000 Stück in Betrieb

mit neuen Verbesserungen.

In 5 Minuten ein warmes Bad!

Bis heute unerreicht in Schnelligkeit der Heizung u. Gasersparnis.

Preisgekrönte Gasheizöfen.

Prospecte gratis und franco.

J. G. Houben Sohn Carl,

Aachen. (H. 42 200)

Wiederverkäufer an fast allen Plätzen.



Bad Lauterberg a. Harz.

Wasserheilst. Sommerfrische.

Frequenz 1894: 4386 Gurgäste.

Illustr. Prospekte durch die

Badeverwaltung.

L. Neumayer,

Steinbildhauerei,

Merseburg, Menschauer Straße 6.

Große Niederlage und reichste Auswahl in

geschmackvollsten Grabdenkmälern

in jeder Steinart.

Wollene Kleiderstoffe,

schöne gediegene Muster, empfehle zu besonders billigen

Preisen.

Adolf Schäfer.

Casino.

Dienstag den 7. Mai, abends 8 Uhr,

VI. u. letztes Sinfonie-Concert,

gegeben von der gesamten Capelle des Kgl. Magdeb. Füsilier-

Regiments Nr. 36 unter persönlicher Leitung des Kgl. Musik-

Dir. Herrn D. Wiegert.

Billets im Vorverkauf à 40 Pf. bei den Herren Cigarrenhändlern

Meyer (Bahnhofstraße), Moritz (Burgstraße) und Heine. Schultze jun.

(H. Ritterstraße), sowie Kaufmann **Wolf (Hofmarkt)** und Kaufmann **Schurig**

(Oberreitstraße).

An der Kasse **50 Pf.**

Alle Sorten Gemüße- u. Blumen-

pflanzen, sowie großblumige gef. Lev-

kopen und Astern billigst.

Blühender Goldsack in großer Auswahl.

O. Schumann, Handelsgärtner,

Unterlauterburg, Winkel 6.

Sieber's Restaurant.

Heute Dienstag **Schlachtfest.**

Heute Dienstag

Schlachtfest.

Julius Grobe, Saalftr.

Zur Zufriedenheit.

Heute Dienstag **Schlachtfest.**

S. Stüblich.

Klavierunterricht

ertheilt eine junge gebildete Dame in und

außer dem Hause zu soliden Preisen. Anmel-

den. 1-3 Uhr **Louisenstrasse 11,**

erbeten.

Tivoli Merseburg.

Mittwoch den 8.

und Donnerstag den 9. Mai

grosse Concerte

der unter Protection des Komponisten Kochhat

stehenden

Kochschafchen und oberbayr. Concert-

fänger und Schnupplattkäufer,

bestehend aus **10 Personen — 6 Damen**

und 4 Herren —

in oberbayerischer Nationaltracht, unter persön-

licher Leitung des Directors und Dirigenten

Herrn H. Jacob Danhofer.

Auftritten des Kunst-

Schnellmalers Herrn

Neu! Alexander Bischoff, Neu!

welcher binnen 20-30 Minuten eine Land-

schaft in Del malt.

Am 8. Mai 8 Uhr.

Entrée: 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 40 Pf.

Billets im Vorverkauf bei den Herren

H. Diez, C. Meyer und Felix Schütze

Jun. 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 30 Pf.

Deutsche

Ober-Fecht

Krieger-

Schule

2135

veranstaltet **Samstag den 12. Mai** u. am

sonntags 3 Uhr ab, im **Augarten**

ein **Wohlfühltag**, benannt:

„Ein märkischer Sonntag

in der Baumbühne“,

zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins

für die **Stetten Merseburg.** Großartige

Preis-Spiele für Erwachsene. (40 Freie).

Kinderbefähigungen aller Art. (Näheres die

Karten.) **Aufsteigen eines Kiesen-**

luftballons. (Die Füllung des Ballons

beginnt nachmittags 4 Uhr.) Beim Eintritt

der Dunkelheit feierliche **Beleuchtung des**

Gartens (1000 Flammen).

Großes Brillant-Feuerwerk.

Kinderfeste durch den Garten u. s. w.

Wir rufen an alle edel gesehnten, mild-

thätigen Bewohnerinnen und Bewohner Merse-

burgs und Umgebend die **herzliche Bitte,**

uns bei diesem Werke der Liebe und

Warmherzigkeit recht zahlreich zu unter-

stützen. Unseren verehrten Mitgliedern unserer

Schule aber rufen wir zu, feil eingebend unseres

Wahlspruches:

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.

Karten sind vorher bei den unten verzeich-

neten Herren **Freiwilligern** zu haben.

3. U.

Fritz Stephan, Landes-Fechtmeister.

Landes-Fechtmitr. Fr. Pfeil.

Ober-Fechtmitr. Polz, Herr. Braunsdorf.

Bezirks-Fechtmitr. Herrn. Lehmann.

Fechtmitr. Träger (Alte Hoff).

„ Goldstein (Hofmarkt).

„ Zimmer.

„ Krabl, gr. Ritterstr. 1.

„ Carl Geyer.

„ Ferd. Neumann.

„ Fr. Lemm.

„ Fr. Benneke.

„ Ed. Basse.

„ F. Hohl.

Dauer's Restauration.

Heute Dienstag

Schlachtfest.

Ein Schneidergeselle,

guter Arbeiter, sofort gesucht.

Paul Brauer, Weißenseiler Str. 8.

Ein anständiges **Wädchen,** welches Eltern

die Schule verlassen hat, wird sofort nach-

mittags bei Kinder gesucht

Weißenseiler Straße 27.

Ein Hund Schlüssel verloren

Markt 16 H.

Güchste und niedrigste Marktwerte

vom 28. April bis mit 4. Mai 1895.

Weizen, pr. 100 Kl. 15,60 bis 13,40 Mk.

Roggen, do. 14,50 bis 13, „

Gerste, do. 17, „ bis 13, „

Hafel, do. 14, „ bis 13, „

Erbsen, do. 16, „ bis 14, „

Binten, do. 20, „ bis 12, „

Bohnen, do. 20, „ bis 14, „

Kartoffeln, do. 7,50 bis 6,50 „

Hirsel (von der Reule), 1,40 bis 1,30 „

pro Kilo 1,20 bis 1,10 „

Bauchspeck, pro Kilo 1,40 bis 1,30 „

Schweinefleisch, do. 1,30 bis 1,20 „

Schmalz, do. 1,30 bis 1,20 „

Kalbsteck, do. 2,40 bis 2, „

Butter, 3,20 bis 3, „

Eier, pro Schod 7, „ bis 6,50 „

per, pro 100 Kilo 4, „ bis 3,50 „

Stroh, do. 4, „ bis 3,50 „

Marktpreis der Getreide

in der Woche

Das Lutherfest in Eisenach.

Das Lutherfest in Eisenach am Sonnabend den 4. Mai, welches in der Enthüllungsfest der Lutherstandbildes auf dem Karlsplatz gipfelte, hat einen für das evangelische Deutschland überaus glänzenden Verlauf genommen. Am Freitag Abend begann bereits das Fest. Gegen 8 Uhr fand im „Lwoli“ die Begrüßung der Ehrengäste seitens des Festcomitees und der Eisenacher Bürgerschaft statt, wobei im Namen des Großherzogs der Kultusminister von Sachsen-Weimar, Freiherr von Vorberg, die Ehrengästen in der alten Lutherstadt willkommen hieß und sie aufforderte, in dem Lutherdenkmal eine Wohnung zu sehen, auszuharren in dem Kampfe gegen kirchliche Mißbräuche, gegen den Materialismus, der die Volksseele vergiftet, gegen die verderblichen Lehren, die in öffentlichen Versammlungen und vom Katheder gepredigt würden.

Der eigentliche Festtag, der 4. Mai, wurde eingeleitet durch den Gottesdienst in der uralten St. Georgskirche. Herr Hofprediger D. Rogge Potsdam, der Tags zuvor von seiner Reise nach Jerusalem zurückgekehrt war, hielt die Festpredigt. Der Grundgedanke seiner Rede war Luthers Wartezeit auf der Wartburg. Wir sehen in ihr, sagte der Geistliche, Luther geachtet und doch nicht geboren, gegangen und doch königlich frei, zu unfeindlicher Miße verurtheilt und doch an dem größten Werke seines Lebens thätig.

Nach dem Festgottesdienst ordnete sich auf dem Markte der impotante Festzug, der sich nach dem Karlsplatz zur Enthüllung des Denkmal bewegte.

Die Feier gestaltete sich großartig. Die Sonne, die den ganzen Morgen hinter trüben, regendrohenden Wolken verdeckt gewesen war, übergoß das schöne Bild, das sich dort entfaltete, mit hellem, warmem Licht. Unter dem purpurnen Ehrenzelt, das mit den Wappen des Großherzogthums geschmückt war, hatte der Hof Platz genommen. Gegenüber stand das noch verfallene Denkmal. Daneben rechts war die Nebeneinbühne, während den malerischen Hintergrund die im romanischen Styl gehaltene Hofkapelle und das alte, zur Feier des Tages mit einem Kranz aller deutschen Wappen geschmückte Stadthor bildete.

Archidiaconus Kiefer bestieg die Tribüne, um die Festrede zu halten. Allgemeine Bewunderung rief das Denkmal selbst hervor, als nach der Rede die Hülle fiel. Es ist ein Werk aus der Meisterhand des Weimaraner Bildhauers Donndorf. Luther sieht, den Blick nach oben gerichtet, mit dem Ausdruck voller Demuth, aber ebenso festester Entschlossenheit, das Antlitz nach Südosten gewendet, da seine Rechte ruht, als ob er das, was er soeben als seine Herzensmeinung ausgesprochen hat, noch weiter bekräftigen wollte, auf der Brust, während er mit der Linken die Bibel an sich drückt. Der granitene Sockel trägt die Inschrift: „Ein feste Burg ist unser Gott“, und an dem Unterlag stehen die Worte: „Eisenach, 4. Mai 1895“. Darwischen schmücken den Sockel auf allen vier Seiten Bronzereliefs, von denen das eine den Junker Jörg vorstellt, das zweite Luther als Bibelüberseher, das dritte Luther als Schüler im Hause der Frau Ursula Gotta und das letzte Luther unter den Vögeln des Waldes seine Palmen singend.

Das Denkmal ist ein herrlicher Schmuck für die Lutherstadt geworden. Ueber fünf Jahre sind verstrichen, seit bei der Versammlung des Gustav-Adolf-Vereins im Spätsommer 1889 der Grundstein gelegt worden ist. Mit Stolz aber schauen die Eisenacher auf das neue Wahrzeichen, das ihre Stadt erhalten hat.

Nachdem die Hülle gefallen, übernahm Oberbürgermeister Müller Namens der Stadt das Denkmal und gelobte dessen Schutz, indem er es als ein Friedenszeichen und hehres Pfand für ganz Deutschland bezeichnete. Dem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf das großherzogliche Haus folgte Gesang, worauf die großherzogliche Familie das Denkmal in Augenschein nahm.

Am Laufe des Nachmittags wurde die Wartburg selbst in den Rahmen der Feier einbezogen. Hier hielt Herr Geh. Oberkirchenrath Frick aus Leipzig, vom Altan des Burghofs herab, eine mächtig padende Lutherrede.

Am Schloßhofe erwartete die Festgenossen noch eine Ueberraschung. Der Brunnen spendete Weißwein und eine Anzahl schöner Eisenacherinnen im Kostüm des 14. Jahrhundertes freudig das edle Maß Denen, die den Weg auf die stolze Höhe gewagt hatten.

Den Schluß der Feierlichkeiten in Eisenach bildete ein solennes Festmahl.

Provinz und Umgegend.

□ Halle, 4. Mai. (Schwurgericht.) Der Posthilfsbote Otto Hermann Müller aus Klostermansfeld, 24 Jahre alt, gebürtig aus Trebitz im Saalkreise, wurde der Unterdrückung amtlicher Gelder in Verbindung mit falscher Eintragung in den Büchern, Belägen u. für schuldig befunden und zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Das alte Lied — er hatte Schulden, die er von seinem Gehalt von 64 Mark pro Monat nicht decken konnte, da vergriff er sich an fremdem Eigenthum, mit neuen Unterdrückungen deckte er alte, bis die Sache herankam.

□ Weichen-Weißensefser Braunkohlen-Actien-Gesellschaft — Weißensefels und Halle. Dem dieser Tage tagenden Verwaltungsrath lag der Rechnungsabschluss des letzten Geschäftsjahres 1894/95 vor. Darnach ist es möglich, zu Abschreibungen 305 000 Mk. zur Sonderreserve für den Bahnbau Deuben-Corbetha 40 000 Mark und zur Auszahlung einer Dividende 12 % wie im Vorjahre, zu verwenden. Die Generalversammlung findet am 4. Juli statt.

□ Zweite große Fedel-Ausstellung des Clubs deutscher Fedel-Züchter in Halle a. S. vom 4.—6. Mai. Die Ausstellung wurde am 4. Mai im Beisein zahlreicher Aussteller und Hundeliebhaber im „Grand Hotel“ eröffnet. Anwesend sind an die 170 raffeste Dachshunde der verschiedensten Arten. Als Preisrichter fungierten die Herren v. Passowitz-Treplitz und v. Daade-Niederode a. S., welche über eine große Zahl eingegangener Ehrenpreise zu verfügen haben.

□ Zeitz, 3. Mai. Wenn Schaubuden oder Circuszelle Vorstellungen geben, pflegen Kinder von außen durch einen Riß oder ein Loch in der Umhüllung hineinzukriechen, um etwas von dem Darbietenden zu erhaschen. So geschah es auch gestern Abend an dem Circus Mayer. Ein Bediensteter schlug aber gleich mit einem Knüttel von innen an die Platte nach den außen stehenden Kindern und verlegte ein Mädchen derart im Gesicht, daß man den Verlust eines Auges befürchtete.

□ Großenhain, 3. Mai. In Bieschen wollte am Mittwoch die achtjährige Tochter der Richterlichen Familie in Abwesenheit der Eltern Feuer anzünden und hegoß zu diesem Zweck das Holz mit Brennspritus. Dabei kam das Kind aber so der Flamme zu nahe, die Spiritusflasche explodirte und die Kleidung des Mädchens gerieth in Brand. In Folge der schweren Brandwunden ist das Kind gestern verstorben.

□ Heiligenstadt, 3. Mai. In Lutter besuchte vorgestern eine Frau ihren Mann mit Drillingen; die drei kleinen Mädchen sind munter und lassen gutes Gedeihen erwarten.

□ Oederau, 4. Mai. Dieser Tage ist der Wirtschaftsbefitzer Müller aus Niedberg auf Wingenborke für räuberisch angefallen und seiner Baarhaft in Höhe von ca. 12 600 Mk. beraubt worden. Das Geld bestand in 12 Fünfhundertmarkstücken, 2 Eintausendmarkstücken, 8 Einhundert-, 5 Fünzigmarkstücken, 3000 Mark in Doppelkronen, 600 Mark in Silber. Außerdem fehlte noch eine silberne Cylinderruhr, auf dem Deckel außen ein Mann eingraviert. Als Thäter soll ein unbekannter, ca. 40 Jahre alter, ziemlich großer, starker Mann mit rüthlich-blondem Schnurrbart und Flegel, der dunklen Ueberzieher und Füllhütchen trug, in Frage kommen. Der Ueberfallene, der Vieh hat einkaufen wollen, wurde besinnungslos aufgefunden.

□ Nadeben, 4. Mai. Ein mit einem schweren Unglücksfall verbundenen Brand entstand gestern Nachmittag in der chemischen Fabrik von Dr. von Heyden Nachfolger in Nadeben. Dasselbst war ein mit chemischen Substanzen gefüllter Kessel explodirt, wobei drei Arbeiter außerordentlich schwere und einer leichtere Verletzungen erlitten. Das Feuer hat ein Maschinenhaus völlig zerstört und eine Mühle und einen Füllraum beschädigt. Da außer dem Gebäudeschaden auch viele Behältnisse, Chemikalien und Maschinentheile beschädigt worden sind, so ist der Gesamtschaden nicht unbedeutlich.

Localnachrichten.

Merseburg, den 7. Mai 1895.

** Gestern am Geburtstage des Kronprinzen trugen die öffentlichen Gebäude Flaggenschmuck. Der älteste Sohn unseres Kaiserpaars tritt nun in sein vierzehntes Lebensjahr.

** Im „Lwoli“ finden nächsten Mittwoch und Donnerstag große Concerte der unter Protection des Componisten Roskat stehenden oberbayerischen Concertsänger und Schuhplattl-tänzer des Herrn Director Damhofer statt.

Ueber diese Truppe schreibt man uns aus Jena: „Nicht ohne Mißtrauen sehen wir seit langer Zeit Zeugnisse an, welche umherziehende Sängergesellschaften aufweisen, denn es hat sich ergeben, daß viele Zeugnisse schwer mit der Wahrheit in Einklang zu bringen sind. Sie spenden fast immer den Gesellschaften überreiches Lob, während die Leistungen oft mittelmäßig sind und mitunter sogar zum Tadel herausfordern. Die Erinnerung an solche That-sachen tauchte auch, was wir offen gestehen wollen, bei Ankündigung der bayerischen Sängergesellschaft Damhofer (Roskat'sche Sängler) bei uns auf, aber wir haben gestern Abend in dem ersten Concert die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß diese Gesellschaft die Zeugnisse voll Lob und Anerkennung, die sie vorlegen kann, durch ihre Darbietungen redlich erworben hat. Wir stehen nicht an, zu behaupten, daß die Gesellschaft zu den vorzüglichsten ihrer Art in Deutschland gehört. Alles, was sie gibt, die Lieder der Einzelnen oder Mehrerer ebenso wie die Chorgesänge, bekunden, daß die Vortragenden sich bestreben, der Kunst Roskats würdig zu sein. Wir hören nicht nur Stimmen, deren Frische und Wohlklang gefällt, sondern wir werden auch durch die Sauberkeit des Gesanges angenehm überrascht, die erkennen läßt, daß die Gesellschaft mit größerer Sorgfalt und besserem Verhältniß als viele andere Gesellschaften ihr Auftreten vorbereitet hat. Einen Glanzpunkt des Concertes bilden die Vorträge auf der Schlag- und Streich-Zitter, die theilweise mit außerordentlicher Feinheit ausgeführt wurden. Auch das Spiel der Guitarron und des Clavesumpioniums zeigte, daß sehr geschickte Hände die Instrumente leiteten. Die Schuhplattl-Tänze, von der Instrumentalmusik begleitet, wurden hier nicht in der besten, thölpelhaften Manier, die so manche Gesellschaften anzuwenden belieben, sondern von den Herren mit großer Gewandtheit, von den Damen anmuthig gegeben. Das ganze Corps erschien im schmunz Nationalkoste. Nach dem gebrühen Abend, an dem die Gesellschaft reichem Beifall erntete, kann der Besuch des heutigen Concertes auf das wärmste empfohlen werden.“

** Die Deutsche Krieger-Ober-Fecht-schule Nr. 2135 hierelbst veranstaltete am nächsten Sonntag im „Agarten“ ein Fest, das einen märkischen Sonntag in der Baumbütche darstellen soll und dessen Ertrag dem Vaterländischen Frauenverein für die Armen unserer Stadt zufließen wird. Die Arrangure dieser eigenartigen Lustbarkeit sind Meister dieses Faches und haben für die Unterhaltung ihrer Festtheilnehmer die umfassendsten Vorkehrungen getroffen. Ganz besonderes Interesse dürften die in Aussicht genommenen Preisspiele für Erwachsene erregen, bei denen 40 theils recht werthvolle Prämien an die Sieger zur Vertheilung gelangen. Die für diesen Zweck bestimmten Gegenstände werden von heute an drei Tage lang im Schaufenster des Herrn Kaufmann Goldstein, Hofmarkt, ausgestellt.

** Die am Sonntag Abend in der Kaiser Wilhelmshalle stattgehabte Aufführung des Festspiels „Josef und seine Brüder“ errang vor dichtgefülltem Hause einen Achtungserfolg. Die Regie hatte ihr Möglichstes gethan, um durch theilweise sogar überreiche Kostüme und ansprechende Decorationen dieses Resultat zu sichern, das in verschiedenen Scenen durch die dem Dilettantismus antastenden Mängel in Frage gestellt wurde. Das Stück an sich behandelt den gebotenen, großartigen Stoff etwas zu kürzlich und dürfte der Verfasser eines größeren Erfolges sicher sein, wenn er seiner Phantasie bei einer etwaigen Umarbeitung der Rollen mehr Spielraum läßt. Nicht hübsch präsentirten sich am Schluß der Vorstellung die drei lebenden Widler, welche manchen Besucher hören aus dem Locale scheiden ließen. Wie wir hören, soll die Aufführung in den nächsten Tagen eine Wiederholung erfahren.

** Auf hiesigem Hofmarkt riß sich am Sonnabend Abend eine Kuh, die von zwei Fleischergejellen nach dem Schlachthofe geführt werden sollte, plötzlich los, überrante ein Kind und zertrümmerte in der alten Hauptwache ein Schaufenster der dortigen Mehlhandlung. Da es dem scheuen Thiere nicht gelang, die ihm vorgebundene Augenblende zu entfernen, brachten die beiden Fleischer dasselbe bald wieder in ihre Gewalt.

Nach den Kreisen Merseburg und Querfurt.

** Mülcheln, 5. Mai. Gestern feierten die Arbeiter Frischbier'schen Eheleute in Böhliger ihr fünfzigjähriges Ehejubiläum. Beide erfreuen sich ihrem Alter angemessen noch besonderer Rüstigkeit. Vor ein paar Jahren erhielt der Jubilar von der Zuderfabrik Stöbiny eine Gratifikation von 300 Mark, nachdem er 25 Jahre lang ununterbrochen als treuer Arbeiter in dem Betriebe dieser Fabrik thätig gewesen.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Herumträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 90.

Dienstag den 7. Mai.

1895.

Die angebliche „Verschleppungs- arbeit der Justizkommission“.

In allen parlamentarischen Sachkommissionen, namentlich aber in den Justizkommissionen pflegen sich stets gewisse Mitglieder einzufinden, die es als eine große Pflichtverletzung ansehen würden, falls sie sich bestimmen ließen, einen Gedanken, der ihnen gerade durch den Kopf geht, den verehrlichen Mitarbeitern vorzuenthalten. Die Personaten, welche ein rheinisches Blatt unlängst anführte, ließen sich unschwer noch vermehren. Neben den Mitgliedern, die, wie die „Köln. Ztg.“ meint, zu viel reden, giebt es auch solche — und zwar dem Maße nachstehende — die ihre Mitarbeiterpflicht in der Regel nur in der Präsenzlust markieren, im Uebrigen aber durch Abwesenheit glänzen; anstatt sich Mühe zu geben, die Kommission auf einen Weg zu lenken, auf dem sie keine Gefahr läuft, sich „innerhalb und außerhalb des Reichstags gründlich lächerlich zu machen“. Gleichwohl wäre das noch nicht das Schlimmste. Ungleich gefährlicher wäre es, wenn die Kommission die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung vorwiegend vom politischen Standpunkte, nicht von dem des juristischen Sachverständigen aus behandeln wollte. Man spricht vielfach von dieser Vorlage, als ob diejenigen, die die Wiedereinführung der Berufung und für Entscheidung unschuldig Beurtheilte sind, den Vorschlägen der Regierung ohne Weiteres zustimmen müßten. Es ist aber zweifellos, daß wenn die Vorlage in der Fassung der Regierungsvorlage Gesetz und damit das altpreussische, durch die Reichsjustizgesetze beseitigte Verfahren wieder eingeführt würde, die Folge ein Sturm der Entrüstung gegen die Mitglieder wäre, welche die Verantwortlichkeit für das Gesetz tragen. Ohne Garantien für eine zuverlässige Rechtsprechung in beiden Instanzen wäre die Zulassung der Berufung eine Verschlechterung des Verfahrens. Und was bedeutet der Grund der Entschädigung unschuldig Beurtheilte, wenn die Voraussetzung, unter der die Entschädigung gewährt wird, so beschränkt ist, daß die Entschädigung nur auf dem Papier steht, und wenn gleichzeitig das Wiederaufnahmeverfahren behufs Feststellung der Thatfache, daß ein Unschuldiger verurtheilt worden ist, in unerträglicher Weise erschwert wird. Ueberdies enthält die Vorlage eine lange Reihe von Änderungen der Gesetzgebung, die mit den obigen Fragen nur sehr lose oder gar nicht zusammenhängen wie die Bestimmungen über das Contumacialverfahren, über das Verfahren gegen in flagranti Gekappte u. s. w., die denn doch einer gründlichen Erwägung bedürfen. Daß die Regierung den Wunsch hat, einen Gegengewicht, an dem sie fünf Jahrzehnte gearbeitet hat, zur baldigen Erledigung zu bringen, ist begrifflich; aber für die Reichstagskommission liegt darin kein Grund, die Vorlage in fünf Wochen über's Knie zu brechen. Es mag einen Fernstehenden befremden, wenn berichtet wird, die Kommission habe eine ganze Sitzung zur Berathung eines einzigen Paragraphen verwendet und denselben schließlich ohne wesentliche Änderungen angenommen. Daß im einzelnen Falle die Schuld der Kommission durch juristische Spitzfindigkeiten allzu sehr auf die Probe gestellt wird, mag ja sein. Aber jedes gewissenhafte Mitglied kann sich nicht dabei beruhigen, daß der Inhalt eines Paragraphen als solcher annehmbar ist; eine Änderung des Gesetzes an der einen Stelle zieht eine Reihe anderweitiger Bestimmungen in Mitleidenschaft und so ist wohl zu prüfen, ob die neue Vorlage sich in das Ganze des bestehenden Gesetzes einfügt. Gerade die sepharischen Mitglieder der Kommission, auf deren Schultern doch die eigentliche Arbeitslast liegt, haben die Pflicht, die Konsequenzen der einzelnen Paragraphen klar zu legen. Daß unter diesen Umständen die Verhandlungen nur langsam vom Fleck kommen, ist selbstverständlich, um so mehr, da den Mitgliedern bei den täglichen Plenarsitzungen nicht

die Zeit bleibt, sich von einem Tage zum andern auf die Beratungen und die zu den einzelnen Bestimmungen vorliegenden Änderungsanträge genügend vorzubereiten, so daß die Abhaltung täglicher Sitzungen vollkommen unmöglich ist. So ist es gekommen, daß, falls die Session vor Pfingsten geschlossen wird, eine Beendigung auch nur der Commissionarbeit unmöglich wird. In der nächsten Session würde die Arbeit von Neuem beginnen. Der Vorschlag des Staatssekretärs der Justiz, die neue Kommission möge dann die bisherigen Beschlüsse en bloc annehmen und die Arbeit fortsetzen, wo sie jetzt unterbrochen wird, ist in der Ausführung nicht so einfach, als es den Anschein hat. Auf der anderen Seite sind die Unzuträglichkeiten einer Vertagung der Session bis zum Winter so groß, daß der Reichstag schwerlich Neigung haben wird, lediglich der Justiznovelle wegen eine solche zu beschließen. Es bliebe demnach nur der Ausweg, auf dem Wege des Gesetzes das Mandat der Commission über den Schluß der Session hinaus

Es sei jedoch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte absolut zu verwerfen, 6 1/2 Millionen für unproductive Arbeiten auszugeben, um 10 Millionen mehr Steuern einzunehmen. — Das Defizit betrage übrigens vorläufig nur 6 675 000 Mark, wovon die Erträge der Polltarinovelles abgehen, welche nach den Beschläffen 2. Lesung auf reichlich 3 Mill. Mk. zu schätzen seien — so daß nur 3 675 000 Mk. und zuzüglich der Kosten der Nordostseeanaleröffnung 5 425 000 Mk. Fehlbetrag blieben. Es seien jedoch in den Etatsansätzen nur stille Reserven enthalten und bestimmter Mehreinnahmen für einzelne Positionen zu erwarten, so daß sich die Einnahmen und Ausgaben wohl ausgleichen würden, wie dies ja auch im Rechnungsjahr 1894/95 geschehen, wo das Defizit erst auf 16 Millionen geschätzt wurde, sich jedoch schließlich auf 4 1/2 Millionen reduzierte. Wenn jedoch durch Annahme der Finanzreform es unter allen Umständen notwendig werden sollte, Matriklarbeiträge und Ueberweisungen zu balancieren, so sei dazu immer noch keine Tabakfabriksteuer notwendig; es könne ja eben so gut die Ausgleichung durch Zuschläge auf andere Steuern, wie in dem Entwurf vorgesehen, geschehen. Zur Erzielung mäßiger Mehreinnahmen aus dem Tabak ohne große Ausgaben und auf schonendem Wege hätten seine politischen Freunde den Weg bei der ersten Lesung gezeigt. Wenn man diesen nicht betreten wolle, so sei es ihm gleichgültig. In der Ablehnung des Tabakfabriksteuergesetzes müsse er jedoch festhalten. — Abg. Müller-Fulda schloß mit der Erklärung, daß er seine am Schluß der ersten Lesung, und wie der Bericht ergibt, auf Anregung des Grafen Posadowsky eingebrachte Resolution, betr. die Prüfung des Werthzollsystems zurückziehe! Damit ist auch die Brücke zu einer neuen Vorlage abgetroffen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Eine ungarische Ministerkrisis ist ganz unerwartet in Folge eines offenen Conflictes zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und dem Minister des Auswärtigen Kalnoky zum Ausbruch gekommen, und zwar im Anschluß an die Desavouierung des Runtius Agliardi durch den Ministerpräsidenten im ungarischen Abgeordnetenhaus. Baron Banffy hatte mitgeteilt, daß Graf Kalnoky wegen der Thätigkeit des Runtius Agliardi bei der Curie vorstellig geworden sei. Diese offizielle Mitteilung, welche großes Aufsehen in Ungarn erregt hatte und von der man annahm, daß sie mit Willen Kalnoky's erfolgt sei, hat nun eine schroffe Zurückweisung durch die offizielle Wiener „Politische Correspondenz“ erfahren. Vor allem hat die schroffe Form in der Kalnoky'schen Auslassung, der unabweisliche Vorwurf eines Vertrauensbruches, welcher dem Ministerpräsidenten gemacht wird, starke Entrüstung in der liberalen Partei hervorgerufen. Nach Wiener Meldungen soll Kalnoky in einer Antwort auf das Schreiben Banffy's, welcher um ein Eingreifen gegen das Auftreten Agliardi's bei der Curie ersuchte, in der That sein Einverständnis mit der Auffassung Banffy's erklärt hat, worauf sich Banffy berechtigt glaubte, die Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhaus wegen Agliardi in der bekannten Weise zu beantworten. Dieser Brief Kalnoky's soll aber den Vermerk „Vertraulich“ getragen haben. Die Wiener Berichterstattung ist jedoch wenig wahrscheinlich; denn es ist anzunehmen, daß Banffy einen solchen Vermerk respektirt haben würde. — Die liberale Partei Ungarns bezeichnet offen den Ton der offiziellen Note als eine Insult gegen die ungarische Regierung. Banffy berieht sich mit dem Führer der Partei und begab sich dann sofort nach Wien, um die Sachlage bei dem Kaiser zur Sprache zu bringen und die Demission des Cabinets einzureichen, falls ihm nicht Genug-



des Gewerbes beizutragen; sie sind aber der Ueberzeugung, daß die Forderung höherer Einnahmen aus dem Tabak im Hinblick auf die wachsenden Ausgaben des Reichs nicht zu umgehen sein wird, insofern sich nicht im Reichstage eine Mehrheit für eine höhere Besteuerung des Bieres finden sollte und deshalb jeder ablehnende Beschluß des Reichstags keine Lösung der Steuerfrage, sondern nur eine Verzögerung ihrer Entscheidung bedeuten kann.“ Nach der bereits mitgetheilten Entgegnung der Abg. Richter und Frese erklärte Abg. Müller-Fulda (Centr.) sehr richtig, daß die Vorschläge des Staatssekretärs des Reichstagsamts zu § 5 der Vorlage kein neues System enthalten, sondern nur eine vorläufige Ermäßigung des Steuerfußes von 25 auf 18 bezw. 15 Prozent. Die Tragweite des gemachten Vorschlags lasse sich sofort übersehen, alle Nachtheile des Fabriksteuerystems blieben bestehen und die Belastung werde anstatt auf 38 1/2, vorerst auf etwa 16 Millionen vermindert; davon würden jedoch 2 1/2 Millionen Mehrausgaben der Fabrikanten für Controllbücher, Doppelfacturen und Porti sein, 4 Mill. Kosten für die faactuelle Beaufsichtigung; nur 10 Millionen blieben als Reinertrag für die Staatskasse.